

## DEUTSCHLAND

### Umwelt: „Das wird ein Riesenproblem“

Die heftigen Bürger-Debatten über den Umweltschutz haben Bonns Regierende aufgeschreckt. Doch das Kabinett Kohl zeigt sich bislang handlungsunfähig:

Nach dem Eklat um das Kohlekraftwerk Buschhaus steht die Regierung jetzt im Verdacht, sie verharmlose die Krebsgefahr bei der Chemikalie Formaldehyd.

Sinnend stand Hans-Dietrich Genscher in der vergangenen Woche vor seinem geräumigen Einfamilienhaus auf den Höhen hinter Bonn in Wachtberg-Pech, auf das der Freidemokrat seit dem Einzug stolz ist. „Tja, dieser Krebsatlas“, sagte er zu Besuchern, „ist eine ganz schreckliche Geschichte.“

In die Bundeshauptstadt Bonn, als besonders gefährlich ausgewiesen in dem vom Krebsforschungszentrum Heidelberg zusammengestellten Kartenwerk über Krebshäufigkeit in der Bundesrepublik (siehe Titelgeschichte Seite 60), würde nun wohl kaum noch jemand umziehen wollen. Seiner Frau habe er schon gesagt, fuhr Genscher fort, „daß unser Haus jetzt bestimmt zehn Prozent weniger wert ist“, wegen der Umweltgefahren.

Auch um Krebsrisiken macht sich der FDP-Chef „sehr große Sorgen“ – ausgelöst von dem heftigen öffentlichen Streit um Gefahr oder Harmlosigkeit der in der bundesdeutschen Industriegesellschaft allgegenwärtigen Substanz Formaldehyd, vom Umweltbundesamt als „krebserzeugend“ eingestuft. Der Vizekanzler erwartet „ein Riesenproblem“. Mittlerweile sei nicht einmal mehr entscheidend, wie gefährlich Formaldehyd tatsächlich sei; jetzt zähle nur noch, daß die Bevölkerung sich nicht länger beschwichtigen lasse.

Bonns Regierende haben, scheint es, endlich etwas gemerkt: Die Wähler geraten in Wallung – wegen der allerorten vergifteten Umwelt, wegen der Gefahren fürs eigene Leben und das ihrer Kinder.

Und die Regierung scheint auch zu begreifen, daß alles Aufschieben, Verdrängen, Verharmlosen nicht mehr ihr hilft, sondern nur noch den Grünen.



Süddeutsche Zeitung

Diogenes '84

Höchste Zeit für den Kanzler, trotz aller Pannen nun um Vertrauen in die Handlungsfähigkeit seiner Regierung zu werben.

Ob Helmut Kohl das Kunststück ausgerechnet in Umweltfragen gelingt? Das Durcheinander der letzten Wochen spricht dagegen. Kaum hatte die Regierungskoalition eine eigene Bundestagsentschließung umgestoßen und das Kohlekraftwerk Buschhaus trotz großer Umweltbelastung ans Netz gehen lassen, da liefert Kohls Mannschaft neue Beispiele nach, wie sie es tatsächlich mit dem Umweltschutz hält.

Über den Schutz aussterbender Arten vor der Keule chemischer Pflanzenschutzmittel zanken sich Innenminister und Landwirtschaftsminister. Friedrich Zimmermann will sich als Umweltschützer aufspielen, sein CSU-Kollege Ignaz Kiechle den Bauern die Giftspritze lassen. Ein Machtwort wäre nötig.

Seit Monaten tobt im Kabinett, zwischen Regierung und Industrie, in aller Öffentlichkeit der Streit ums abgasarme Auto. Im Februar hatte der Bundestag die Regierung aufgefordert, als Beitrag im Kampf gegen das Waldsterben „si-

cherzustellen“, daß vom 1. Januar 1986 an in der Bundesrepublik nur noch abgasarme Autos zugelassen werden. Innenminister Zimmermann wirbt um staatliche Kaufanreize für jene Autos, die mit Katalysatoren ausgerüstet sind – und verkrachte sich mit dem Geldverwalter, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, und Wirtschaftsminister Martin Bangemann.

Ein Machtwort, im Kabinett oder vom Kanzler, wäre nötig. Statt dessen ließ Kanzler Kohl zu, daß sich der Streit über Monate hinzieht. Seinem Amtschef Waldemar Schreckenberger gelang es nicht, vor der Sondersitzung des Bundesrates zu diesem Thema am 14. September die Haltung der einzelnen Länderregierungen zu erkunden. Der Leiter der Staatskanzlei von Franz Josef Strauß in München, Edmund Stoiber, verweigerte schriftlich jede Auskunft und bat die Kollegen in anderen Ländern, auch sie sollten dem Kanzleramt vorab keine Auskunft geben.

Solche taktischen Tricks können für Kohls Regierung Folgeschäden von höchster Brisanz auslösen. Beim Wähler und Bürger wachsen die Ängste über die Ohnmacht des einzelnen gegen Umweltgifte und Schadstoffe, mehrtsich der Ärger über die Tatenlosigkeit derer, die zum Handeln gewählt wurden.

So deckten empörte Gewerkschaftsmitglieder die DGB-Zentrale mit Anrufen und Protesten ein, weil sie sich nicht einverstanden erklären wollten mit dem Votum der Arbeitnehmerorganisation für das Kohlekraftwerk Buschhaus. Die Widerworte zeigen den Arbeitnehmerführern, daß sie sich künftig bei Entscheidungen zwischen Ökonomie und Ökologie nicht mehr einseitig und automatisch gegen die Umwelt und für die Arbeitsplätze aussprechen dürfen.

Wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht verlieren wollten, verlangt ein hoher DGB-Funktionär, müßten sie Farbe bekennen und die Sorge um die Umwelt gleichrangig neben die Sorge um den Arbeitsplatz stellen: „Wir müssen da rüber, unabhängig davon, ob man den Grünen eine Zukunft gibt oder nicht.“

Jetzt muß erst mal die Regierung rüber – hinein in eine Debatte, warum der zuständige Gesundheitsminister Heiner Geißler lange Zeit Gefahren und Risiken der Chemikalie Formaldehyd verharmloste.

Geißler nannte es zwar eine „böartige Unterstellung“, sein Ministerium habe Informationen untergeordneter Behörden über die Brisanz von Formaldehyd deswegen zurückgehalten, weil er Rücksicht auf den Chemiegiganten BASF (Ludwigshafen), den Kanzler Kohl (Wahlkreis Ludwigshafen) und sich selbst (Wahlkreis Landau bei Ludwigshafen) nehmen wolle.

Doch der Gesundheitsminister sieht in dieser Sache nicht sehr gut aus. In einer



**Formaldehyd-Schadensbeseitigung\***  
Keine Spätfolgen für die Gesundheit?

Kleinen Anfrage verlangten die Grünen schon im Juni von dem Minister zu wissen, ob es stimme, daß die Bundesanstalt für Arbeitsschutz, das ihm unterstehende Bundesgesundheitsamt und das Umweltbundesamt übereinstimmend Formaldehyd als krebserzeugend eingestuft hätten. Damals speiste Geißler die Umweltschützer mit dem Hinweis ab, im Herbst werde ein Bericht vorliegen.

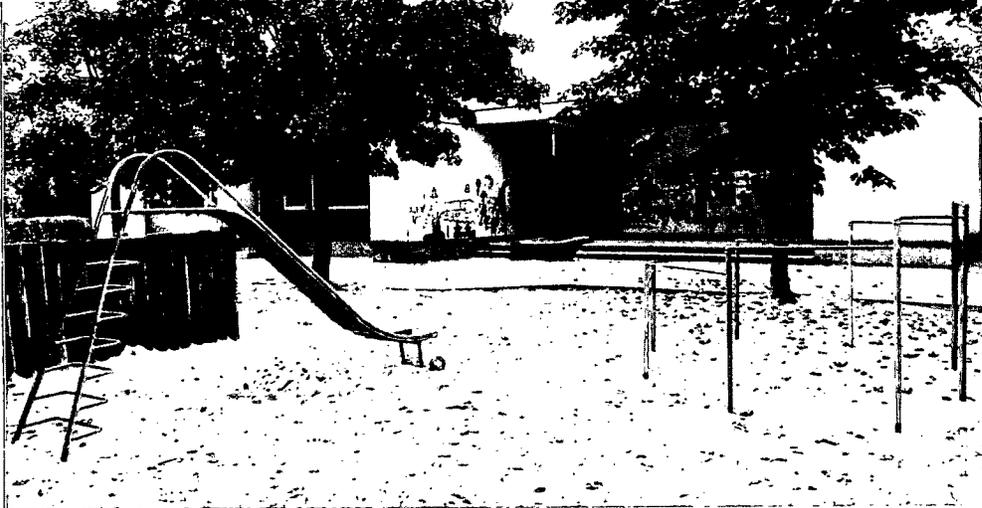
Sein Ministerium behauptete zudem, entgegen der Wahrheit, in den Bonner Amtsstuben sei nichts über die Auseinandersetzung zwischen den Gesundheitsbehörden und dem Formaldehyd-Produzenten BASF bekannt. Tatsächlich aber hatte Kanzler Kohl höchstselbst seine Minister darauf aufmerksam gemacht, es gebe Beschwerden des Ludwigshafener Konzerns. Der Firmen-Tadel richtete sich gegen eine „Oberflächlichkeit“ (BASF) der amtlichen Prüfung.

Ihre bisher lückenhafte Information suchten Geißlers Ministeriale nun als besondere Pflichterfüllung darzustellen; sie könnten die Öffentlichkeit „nicht bruchstückweise über Ergebnisse einzelner Arbeitsschritte und ihrer amtsinternen Diskussionen“ informieren. Immerhin: Bei der Entscheidung über ein mögliches Verbot von Formaldehyd spielten



**Kanzler Kohl, Amtschef Schreckenberger: Das Machtwort fehlt**

\* In der Kölner Schule Höhenhaus.



**Formaldehyd-verseuchter Kindergarten\*:** Verdacht auf krebserzeugendes Potential?



**Formaldehyd-Erfinder Liebig**  
HCHO für den Siegeszug der Hygiene

„wirtschaftliche Überlegungen keine Rolle“, beteuerte Geißler.

Wer glaubt's? Denn der Hersteller BASF wehrt sich mit Horrorzahlen: 2000 Arbeitsplätze seien direkt in Gefahr, ein Viertel des westdeutschen Bruttosozialproduktes stehe zur Disposition, werde die Substanz verboten.

Formaldehyd, seit 1859 bekannte einfachste Form des Aldehyd, dem Justus von Liebig den Namen gab, wird in einer Menge von 500 000 Tonnen pro Jahr allein in der Bundesrepublik erzeugt. Das stechend riechende, farblose Gas ist billig herzustellen und profitabel zu vertreiben: Denn Formaldehyd gehört zu den chemisch aktivsten organischen Substanzen – es ist zu allem zu gebrauchen. Deshalb begleitet der Stinkstoff den Menschen von der Wiege bis zur Bahre und kann ihn gar, so wird vermutet, vor der Zeit ins Grab bringen.

„Unverzüglich“, so forderte der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland am letzten Donnerstag, solle die Bundesregierung deshalb „die potentiell krebserzeugende Chemikalie“ von Amts wegen zurückdrängen. Fernziel ist ein generelles Verbot.

Das Aus träre eine Substanz, die viele Meriten hat: Formaldehyd, chemisch HCHO – in seiner wäßrigen Lösung als Formalin im Handel –, hat den Siegeszug

der Hygiene ermöglicht. Es ist ein böser Feind aller Keime und Bakterien. Und natürlich ist HCHO ein Gift.

Deshalb darf in allen deutschen Fabrikationsstätten die „Maximale Arbeitsplatzkonzentration“, der „MAK-Wert“, ein Teil Formaldehyd auf eine Million Teile Luft – 1 ppm = parts per million – nicht überschreiten. Schon bei dieser Konzentration können dem Betroffenen die Tränen kommen.

Seit einigen Jahren sind das nicht nur die Arbeiter in der chemischen Industrie, sondern Bundesbürger jeden Alters und jeder sozialen Klasse. Ursache ist eine besondere Eigenschaft des Gases: Seine kleinen HCHO-Moleküle lassen sich auf relativ einfache Weise durch Druck und Temperatur zu langen Makromolekülen pressen: Diese „Polymerisation“ macht aus dem Gas diverse Kunststoffe, je nachdem, welche Chemikalien dem Produktionsprozeß sonst noch zugefügt werden.

Das Aldehyd, so verlautbarte BASF, sei allein in 400 BASF-Produkten enthalten und werde von mehr als 30 Industriezweigen benötigt. Das weitverbreitete Gas wird in Spanplatten und Holzwerkstoffen, wärmeisolierenden Harzschäumen, Bindemitteln, Beschichtungen und Textilien verwendet – aus diesen Quellen tritt es, in mehr oder minder großer Konzentration, in die Luft über, wo es nichts zu desinfizieren gibt.

Etliche Wiesbadener Kindergärten mußten letzte Woche deshalb geschlossen werden. Anderswo riß man inzwischen die dünstenden Spanplatten aus den Klassenzimmern (SPIEGEL 27/1984). In den US-Staaten Massachusetts und Connecticut, auch in Kanada, wurde ein Harnstoff-Formaldehydschaum verboten.

Bisher galt unter Ärzten allgemein als sicher, daß diese Dämpfe zwar subjektiv unangenehm, weil schleimhautreizend, im übrigen aber eher harmlos seien. BASF räumt als mögliche Folge der Reizwirkungen eine „erhöhte Blinkrate der Augen“, dazu „Tränenfluß“ und eventuell Husten ein. „Spätschädigung“

\* In Wiesbaden.

gen der menschlichen Gesundheit sind nicht bekannt.“

Als Stoff „mit begründetem Verdacht auf krebserzeugendes Potential“ wird Formaldehyd dagegen in einer jüngst erschienenen Liste für den praktischen Gebrauch in Betrieben aufgeführt.

Anlaß dazu waren Versuche, bei denen 1980 in den USA Ratten und Mäuse langfristig mit HCHO-Dämpfen beatmet wurden. Auf der empfindlichen Nasenschleimhaut von Ratten entwickelten sich daraufhin häufig gutartige Geschwülste, bei hoher Dosierung auch Krebs.

Wissenschaftlich gesehen, muß das als Verdachtsmoment gelten, Beweis für Krebsgefährdung des Menschen ist es noch nicht. Bösartiges Zellwachstum läßt sich im Tierversuch – vor allem wenn man Nager nimmt und die Schadstoffmenge großzügig bemißt – mit zahlreichen Substanzen auslösen, die bei bestimmungsgemäßem Gebrauch relativ harmlos sind.

Beim Menschen ist bisher eine Krebsentstehung durch Formaldehydeinwirkung nirgendwo beobachtet worden – was freilich nicht beweist, daß so etwas nicht möglich wäre. Eine Studie über die Krebshäufigkeit bei 17 000 Menschen, die jahrelang mit Formaldehyd gearbeitet haben, wird von der amerikanischen Krebsgesellschaft im nächsten Jahr abgeschlossen.

Nachdenklichen Beratern des Kanzlers schwant, HCHO werde das Koalitionskonzept für die kommenden Wahlkämpfe in Ländern und Kommunen beschädigen, das den Bürgern die Schrecken rot-grüner Mehrheiten ausmalen sollte. Es könnte einen gewaltigen Umschlag der öffentlichen Stimmung geben, fürchten sie, weil viele Wähler nach den vielen leeren Versprechen aus Bonn nun womöglich ihr Heil bei Grünen oder gar Sozialdemokraten suchen.

Einen ähnlichen Umschwung habe es schon mal gegeben – vor 15 Jahren, als nach den langen Zeiten des Kalten Krieges der Wunsch nach einer neuen Außenpolitik übermächtig wurde und die Christdemokraten in die Opposition trieb.

## KOALITION

### Wie Gulliver

**In Bonn droht neuer Krach: Sowohl beim Datenschutz als auch in der Ausländerpolitik haben die Liberalen andere Vorstellungen als Innenminister Friedrich Zimmermann.**

So hatte sich Friedrich Zimmermann das Regieren nicht vorgestellt, als er im Herbst 1982 das Amt des Innenministers übernahm. Ein mächtiger Mann, dachte er, sei er nun, der im Lande Sicherheit und Ordnung schafft und allen das Kuschen beibringt, dem Kanzler und